



Hauptstadtbrief

Nr. 1 / Februar 2022



Gemeinsame Positionierung zu Fahrzeugdaten und -funktionen verabschiedet

Mit den Verbänden ADAC, ASA, BRV, GDV, GVA, Enterprise (Verband internationaler Automobilvermieter), wdk und ZKF hat der ZDK ein gemeinsames Positionspapier zum Zugang zu Fahrzeugdaten veröffentlicht. Gemeinsam wird die Forderung nach einer sektorspezifischen Regelung betont. Die Europäische Kommission hatte bereits im vergangenen Jahr angekündigt, zum Thema eine sektorspezifische Regelung zu schaffen. EU-Kommissar Breton steht jedoch auf der Bremse. Allgemeine Regelungen zur Datenwirtschaft wie auf Digital Service, Digital Markets und Data Act könnten ausreichen. Diese erfassen jedoch nicht die Sachverhalte beim Kfz, bspw. Echtzeitdaten oder Funktionsnutzung sowie den Zugriff auf das Infotainment.

Das Thema ist wie bisher relevant mit weiterhin abnehmenden Zugriffsmöglichkeiten auf die Daten und Funktionen der Fahrzeuge für Wartung und Service. Bereits Ende 2021 hatte die Automobilindustrie ein ADAXO-Konzept zum Zugriff auf Fahrzeugdaten präsentiert, welches jedoch keine Neuerung bietet und den Aspekt der Fahrzeugfunktionen gefährlich vernachlässigt. Der ZDK favorisiert wie bisher den direkten Zugriff auf die Fahrzeugdaten und -funktionen im Fahrzeug über eine sichere On-Board-Telematikplattform. Nur so könnten Kfz-Betriebe ungefiltert und direkt Fahrzeugdaten erhalten und Fahrzeugressourcen wie Funktionen von Bauteilen oder Kommunikationskanäle nutzen, wie es bereits Fahrzeughersteller tun. Ein weiteres Gespräch zum Thema wurde in der letzten Woche bereits mit den Fachabteilungen des Bundeskanzleramts geführt. Weitere Gespräche mit der Ministerialebene verschiedener Bundesministerien insbesondere Wirtschafts- und Verkehrsministerium folgen.

Aus Bundestag und Bundesrat

Knapp 2 Monate nach der Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler kommt der „politische Apparat“ in Berlin langsam zum Laufen. Stattgefunden haben bereits die Grundsatzdebatten der jeweiligen Ressorts. Darunter auch die Debatte von Bundesminister Wissing mit den widersprüchlichen Aussagen zu alternativen Antrieben. Bestimmt wurden in den Fraktionen nun die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen und jeweiligen Berichterstatter für die entsprechenden Themen. Am Sonntag, dem 13. Februar, tritt die 17. Bundesversammlung zusammen, um den Bundespräsidenten zu wählen. Nominiert von der SPD ist der Amtsinhaber Frank Walter Steinmeier, von der Linken Dr. Gerhard Trabert und von der AfD Dr. Max Otte. Darauf folgt die erste Sitzungswoche im Februar 2022. Am Donnerstag, dem 18. Februar wird im Bundestag das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2022 diskutiert. Darunter fällt auch das Fit for 55-Paket und „[...] weitere Schritte hin zur emissionsfreien Mobilität [...]“. Die Bundesregierung muss sich hier entsprechend ihrem Koalitionsvertrag zu den europäischen Klimafragen positionieren.

Auch der Bundesrat beginnt mit seiner Arbeit. Am 11. Februar 2022 wird die erste Sitzung mit Bundeskanzler Scholz mit einer Rede beginnen. Ein deutliches Signal an die Länderkammer, welche kommende Gesetzgebungsverfahren erheblich verzögern oder erleichtern kann durch ihr Votum. Nicht zuletzt Einfluss darauf haben die kommenden Landtagswahlen: am 27.03. im Saarland, 08.05. in Schleswig-Holstein, 15.05. in NRW und 09.10. in Niedersachsen.

DEUTSCHES KRAFTFAHRZEUGGEWERBE

Verkehrspolitische Debatte um Kraftstoffpreise

Am 06. Februar hat der neue CDU-Vorsitzende, Friedrich Merz, in der „Bild am Sonntag“ die Senkung der Besteuerung von Kraftstoff gefordert. In den Tenor stimmte auch der ADAC-Verkehrspräsident ein und plädierte für eine Erhöhung der Pendlerpauschale. Laut ADAC sei mit 1,712 für den Liter E10 am 02. Februar ein neues Allzeithoch erreicht worden. Ablehnung kam von FDP und Grünen. Daniela Kluckert, Staatssekretärin im Bundesministerium für Digitales und Verkehr, erinnerte an die bisherige Regierungsverantwortung der Union und den darin begründeten Anstieg der Strom- und Benzin-Verteuerung.

Am 16. Februar wird im Plenum voraussichtlich ein Antrag der AfD-Fraktion diskutiert, welcher die Senkung von Kraftstoffpreisen fordert. Höchstwahrscheinlich mehr öffentliches Kalkül als ernstgemeinter Regulierungsvorschlag, ist der Antrag bisher noch nicht veröffentlicht worden.

Verwiesen wird in der Debatte häufig auf das Nachbarland Polen. Dort wurde zum 01. Februar 2022 die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel ausgesetzt und der Steuersatz von 23 % für Kraftstoffe auf 8 % gesenkt. Der Unterschied beträgt zwischen den brandenburgischen und grenznahen polnischen Tankstellen bis zu 65 Cent. Grenznahe Tankstellen fürchten nun um ihr Überleben und fordern wiederum von den Mineralölgesellschaften höhere Provisionen.

DAT-Report 2022

Am 03. Februar 2022 wurde der neue DAT-Report präsentiert und veröffentlicht. Per Streaming wurden die neuesten Branchenzahlen und –Trends präsentiert. Besonders für die politische Kommunikation sind die unabhängigen Branchenzahlen außerordentlich wichtig. Insgesamt 4.500 Endverbraucher wurden befragt.

Die Rolle des eigenen Automobils wurde ebenfalls erfragt. Insgesamt 79 % der Befragten gab an, dass das eigene Fahrzeug unverzichtbar für die eigene Mobilität sei. Eine Steigerung von 4 % im Gegen-

satz zum Vorjahr. Und auch mit Nachfragen zur Wertschätzung des eigenen Automobils zeigt sich nach wie vor ein großer Aufwand für das eigene Automobil. Erkenntnisse, die im Gegensatz zur öffentlich dargestellten und vermeintlichen Abkehr vom Automobil stehen. In Bezug auf die Elektromobilität wurden Ergebnisse veröffentlicht, welche die enorme Zurückhaltung verdeutlichen. Von den Befragten konnten sich 46 % vorstellen, auf ein reines Elektrofahrzeug umzusteigen. Von diesen Befragten jedoch ebenfalls wieder 46 % nur in einem Zeitraum von mehr als fünf Jahren. Angesichts der wechselhaften und komplizierten Förderkulisse und unzureichenden Ladeinfrastruktur ein Problem, welches politisch gelöst werden muss.

Die Präsentation des DAT-Reports kann als Video angesehen werden unter:
<https://youtu.be/bV3KmECLaec>

CSU-Landesgruppe: Aufbruch22-Programm veröffentlicht

Am 03. Februar 2022 hatte die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag (alle CSU-Abgeordneten) in einer Klausurtagung ein gemeinsames Programm mit dem Titel „Aufbruch 22 – Deutschland in der Mitte halten – Respekt vor Leistung, Chancen auf Teilhabe“ für die kommende Legislatur verfasst.

Darin enthalten ein klares Plädoyer für den Schuldenabbau und Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen. Gleichsam auch mehr staatliche Förderung für Sparer und sogar „Garantiezins für die Altersvorsorge“. Zur Mobilität heißt es: „Wir brauchen eine Mobilitätsgarantie, die den Ausstieg aus dem fossilen Verbrenner verbindlich an den Einstieg in marktfähige Alternativen koppelt.“ Gefordert wird ein starker „E-Fuels-Anreiz“ ohne einen Ausschluss des Pkw. Vorgeschlagen wird auch eine dynamische Pendlerpauschale, welche automatisch mit dem Spritpreis steigt. Das Dokument steht unter dem folgenden Link zum Download bereit: https://www.csu-landesgruppe.de/sites/default/files/2022-02/BESCHLUSS_Aufbruch22.pdf